

Tag des Gedenkens am 27. Januar 2016
Rede des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Carsten Sieling
- es gilt das gesprochene Wort! -



Sehr geehrter Herr Dr. Wunder,
sehr geehrter Herr Dr. Kuhn,
meine Damen und Herren.

"Wenn die toten Juden aufstünden, und jeder sagte bloß seinen Namen und seine Herkunft, würden zwei Jahre vergehen. Wenn jeder Jude noch meldete, wie er ermordet worden ist: erschossen, erschlagen, erwürgt, vergast, verbrannt, wären vielleicht vier Jahre vergangen... Vielleicht ist es falsch, von sechs Millionen Ermordeter zu sprechen. Wir sollten sagen: sechs Millionen mal ist ein Mensch ermordet worden."

Dies schrieb der Bremer Autor und Regisseur Karl Fruchtmann in seinem Buch "Zeugen. Aussagen zum Mord an einem Volk".

Heute ist es 71 Jahre her, dass Auschwitz von Truppen der Roten Armee befreit wurde.

Der Ortsname Auschwitz ist Sinnbild für das schlimmste Morden, das die Geschichte der Menschheit kennt: das maschinelle Abschlachten und Vergasen von Millionen Menschen, von Kindern und Greisen, von Frauen und Männern, nur weil sie Juden waren.

Auschwitz steht für das Zerbrechen aller bisher gemachten Erfahrungen und Gewissheiten. Niemals zuvor ist so etwas geschehen. Niemals zuvor wurden ethische Schranken derart überschritten. Dieser Zivilisationsbruch ist eingebrennt in das politische Denken und Handeln Europas.

Doch wir müssen auch wissen: die Größe des Verbrechens im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hat die anderen Mordtaten in dieser Zeit, die genauso verheerend waren, in den Schatten gestellt. Ich denke dabei nicht nur an andere bekannte Vernichtungslager wie Treblinka, Belzec, Sobibor und Majdanek, sondern an unzählige Orte in Osteuropa, wo fast drei Millionen Juden ermordet wurden. Man hat sie aus ihren Häusern geholt, zu ausgehobenen Gruben gebracht und an Ort und Stelle direkt in die Grube geschossen.

Die Täter waren SS und Waffen-SS, einfache Soldaten der Wehrmacht, Schutzpolizisten, die zu Friedenszeiten noch den Verkehr geregelt hatten, normale junge Männer, die selbst Familienväter waren und Fotos ihrer Frauen und Kinder im Geldbeutel trugen.

Wir haben uns in Bremen mit diesem „vergessenen Holocaust“ vor fünf Jahren am Beispiel des Massakers von Babij Jar besonders beschäftigt, weil daran ein Bremer Polizeibataillon beteiligt war. In dieser Schlucht bei Kiew wurden Ende September 1941 innerhalb von 36 Stunden 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder erschossen.

Meine Damen und Herren.

Der heutige Gedenktag erinnert an alle Opfer der Nazi-Zeit, an Juden und an Sinti und Roma, an Polen und Russen, an Homosexuelle, an Kriegsgefangene, an Behinderte, an Antifaschisten, an Humanisten und Christen, die sich der Mordmaschinerie in den Weg stellten.

Ich begrüße es sehr, dass die heutige Gedenkveranstaltung sich vor allem der „Geschichte der Euthanasie im Nationalsozialismus widmet. Darüber werden wir gleich mehr erfahren. Doch erlauben Sie mir dazu ein paar Anmerkungen.

Wir wissen heute, dass über 400 Bremer Patientinnen und Patienten zwischen 1939 und 1945 aus der Bremer Nervenklinik in andere Einrichtungen transportiert und ermordet wurden.

Es gibt wohl keinen Beruf und keine Wissenschaft, die dem Menschen und dem Menschsein so nahe stehen wie die Medizin. Mit dem Eid des Hippokrates schwören die Ärzte, "zum Nutzen des Kranken" die bestmöglichen Verordnungen zu treffen.

Umso bedrückender ist die Erfahrung, im welchem Ausmaß sich gerade Ärzte am Mord- und Tötungsprogramm der Nazis beteiligten.

Bereits vor Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern gab es in Nazi-Deutschland ein umfassendes System medizinischer Tötungen, von Ärzten und ihren Helfern durchgeführt.

Denn nicht nur die Juden sollten gemäß der Nazi-Ideologie aus dem Volkskörper herausgeschnitten werden, sondern all jene Menschen, die als wertlos und damit schädlich für die Volksgemeinschaft eingeschätzt wurden.

Meine Damen und Herren.

Der ganze unmenschliche Komplex: Eugenik, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und Euthanasie war keine Erfindung der Nazis. Schon zu Beginn des Jahrhunderts, vor allem aber in der Weimarer Republik, führten in Deutschland hoch angesehene Wissenschaftler eine lebhafte Diskussion über sogenannte "Ballastexistenzen", worunter neben den psychisch Kranken ausdrücklich auch die sogenannten "Asozialen" verstanden wurden. Diese gelte es, "unschädlich" zu machen.

Dr. Otto Rehm, stellvertretender Direktor des Bremer St. Jürgen Asyls, schreibt 1926 in der "Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie":

"Wir haben allen Grund, in Anbetracht unserer bedrohten Kultur jegliche Maßnahmen ins Auge zu fassen und rücksichtslos durchzuführen, welche das Gute erhalten und fördern, das Minderwertige und Schlechte aber ausmerzen..."

Im Bremer Ärzteblatt ist im März 1931 zu lesen: "Wohlstandspflege und Fürsorge tragen dazu bei, Erbkranke zu erhalten und weiter zur Fortpflanzung zu bringen. Ein erdrückender und ständig wachsender Ballast von untauglichen, lebensunwerten Menschen wird unterhalten und in Anstalten verpflegt - auf Kosten der Gesunden..."

Mit solchem Denken wurde der Boden bereitet für die 1939 begonnenen Mordaktionen, denen mehr als 200 000 Menschen zum Opfer fielen: Behinderte, Psychiatriepatienten, Zwangssterilierte, schließlich auch Arme, Alte und sogenannte Asoziale. Sie wurden vergiftet, erschossen, vergast, durch Medikamentenentzug gemordet oder durch Hunger. Sie alle waren als Lebensunwerte, als Menschen ohne Wert eingestuft worden.

Als 1939 Hitlers Mordstrategen aktive Unterstützung für die geplanten Massentötungen psychisch Kranker verlangten, gab es kaum offenen Widerstand. Die physische Beseitigung vieler Kranker geschah fast unbemerkt, denn man hatte sie lange zuvor schon aus den Herzen und Köpfen verdrängt.

Meine Damen und Herren,

Wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen entscheidet, wie unsere Zukunft aussehen wird. Ob wir das Dritte Reich als eine historische Entgleisung ansehen, oder ob wir in Auschwitz den Tiefpunkt alles dessen erkennen, was menschenfeindlich und zerstörerisch in der Entwicklung Deutschlands war.

Das Erinnern schärft unser moralisches Empfinden und unsere demokratische Wachsamkeit. Und diese brauchen wir. Denn die Niederlage der Menschenfeindlichkeit 1945 hat die Menschenfeindlichkeit nicht beseitigt.

Die Organisierung von Bosheit und Gemeinheit ist immer wieder möglich. Auch heute gibt es in Deutschland Menschenfeinde, die Hass predigen, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden, die andere verfolgen und zum Mord aufrufen, die mit ihrer täglichen Hetze den Boden bereiten für neue Verbrechen.

Demokratie lebt vom politischen Engagement. Wir brauchen Menschen mit Zivilcourage, mit Selbstbewusstsein, mit Widerstandskraft, mit kritischem Geist, mit Empfindsamkeit für Unrecht und Recht.

Das Erinnern verlangt von uns, zu handeln, wo Menschen ihrer Menschenrechte beraubt werden, wo Minderheiten benachteiligt und unterdrückt werden, wo andere Menschen verteuft werden, wo Lügen die Wahrheit verdrängen.

Wir müssen bereit sein, zum Widerspruch gegen Unrecht auch dort, wo es uns selbst nicht direkt berührt.

Die Bedrohung der Demokratie kommt nicht nur von den Gewalttätern. Gegen diese gibt es Gesetze. Die tiefere Bedrohung kommt vom Wegschauen, vom Nichternstnehmen, von der Gleichgültigkeit.

Wir brauchen ein politisches, geistiges und kulturelles Klima, das durchdrungen ist vom Respekt vor der Würde eines jeden Menschen.

Meine Damen und Herren, Im vergangenen Jahr haben wir in Bremen und auch hier im Rathaus des 50. Jahrestages der deutsch-israelischen Beziehungen gedacht. Es ist alles andere als selbstverständlich, was sich in diesen Jahrzehnten ereignet hat zwischen unseren beiden Ländern. Ein Wunder, das nur Wirklichkeit werden konnte, weil die Israelis den Deutschen Vertrauen schenkten.

Die deutsche Verantwortung für die Verbrechen am jüdischen Volk muss sich auch im Bekenntnis zur Mitverantwortung für die Zukunft des jüdischen Staates bewähren. Und bei aller möglichen Kritik an israelischer Regierungspolitik, die in einer Demokratie immer erlaubt sein muss, ist nicht hinzunehmen, wenn dabei antisemitische Parolen verbreitet werden.

Für die deutsche Politik gibt es „besondere Beziehungen“ zu Israel. Israel hat nicht nur den Überlebenden des Genozids die ersehnte Heimstätte gegeben, Israel ist für alle Juden der Welt ein Ort der Zuflucht. Auch damit ist die Sicherung der Existenz Israels Teil unserer Staatsräson!

Meine Damen und Herren.

In Bremen ist es eine gute Tradition, zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm vorzulegen.

Es ist in diesem Jahr bereits das 20. Programm, an dem sich wieder eine große Zahl von Kooperationspartnern beteiligt hat. Ihnen allen danke ich herzlich für ihr Engagement.

Ganz besonders danken möchte ich Dr. Hermann Kuhn und Michael Scherer, die seit 20 Jahren diese in der Bundesrepublik einmalige Veranstaltungsreihe organisiert haben.